

TERMINE

Ausgewählte Gesetzgebungsverfahren und Verordnungen

Laufende nationale Verfahren

Gesetz zur Weiterentwicklung der Apothekenversorgung (Apothekenversorgung-Weiterentwicklungsgesetz – ApoVWG) - zustimmungsfrei -

- Anpassung der Apothekenvergütung: Etablierung einer Verhandlungslösung zwischen Vertragspartnern der Selbstverwaltung
- Erhalt des flächendeckenden Apothekennetzes: u. a. zusätzliche Vergütung für Landapotheken, Weiterqualifizierung von PTA
- Erweiterte Austauschmöglichkeiten, Ausweitung Impfmöglichkeiten, Abgabe von Rx-Arzneimitteln ohne Verordnung

Am Tag nach der Verkündung	Inkrafttreten
16.10.2025	Referentenentwurf

Gesetz zur Anpassung der Krankenhausreform (Krankenhausreformenpassungsgesetz – KHAG) - zustimmungsfrei -

- KH-Transformationsfonds: Finanzierung aus Mitteln des Sondervermögens statt GKV-Geldern in den Jahren 2026 bis 2035, erhöhte Bundesfinanzierung (3,5 Mrd. statt 2,5 Mrd. Euro) in den Jahren 2026-2029
- Ausnahmen und Kooperationen zur Sicherstellung der stationären Versorgung besonders im ländlichen Raum
- Anpassungen bei Leistungsgruppen und Qualitätskriterien
- Verlängerung von Fristen insbesondere zur Vorhaltevergütung

01.01.2026	Geplantes Inkrafttreten
08.10.2025	Kabinettsbeschluss
21.08.2025	Verbändeanhörung BMG
05.08.2025	Referentenentwurf

Gesetz zur Befugniserweiterung und Entbürokratisierung in der Pflege - zustimmungsfrei -

- Pflegefachpersonen erhalten mehr Befugnisse in der Versorgung – diese sollen eigenverantwortlich weitergehende Leistungen erbringen können.
- Stärkung der Pflegestrukturen und mehr Anreize für gemeinschaftliche und innovative Versorgungsformen
- Ergänzende fachfremde Regelungen u. a. zur ePA, vertragsärztlichen Notdienst (Poolärzte), Finanzierung KV-Strukturfonds, Sicherung der Datengrundlagen für den RSA, Anpassungen Wechselmöglichkeiten aus der PKV in die GKV
- GKV-Sparpaket (Paket fachfremde Änderungsanträge):
 - Begrenzung des Ausgabenanstiegs bei den Verwaltungskosten der Krankenkassen im Jahr 2026
 - Reduktion des Fördervolumens des Innovationsfonds im Jahr 2026
 - Krankenhaus: Aussetzen der Meistbegünstigungsklausel für das Jahr 2026

01.01.2026	Inkrafttreten
------------	---------------

vsl. 06.11.2025	2./3. Lesung Bundestag
vsl. 03.11.2025	Anhörung zu fachfremden Änderungsanträgen (GKV-Sparpaket)
15.10.2025	Kabinettsbeschluss Änderungsanträge GKV-Sparpaket
08.10.2025	Anhörung im Gesundheitsausschuss
26.09.2025	1. Durchgang Bundesrat
11.09.2025	1. Lesung Bundestag
06.08.2025	Kabinettsbeschluss
23.06.2025	Referentenentwurf (Pflegekompetenzgesetz)

Verordnung über die Beteiligung der maßgeblichen Organisationen der Pflegeberufe auf Bundesebene (Pflegeberufebeteiligungsverordnung – PflBerBeteiligungsV)

- Zustimmung Bundesrat notwendig -

- Ausgestaltung einer Regelung hinsichtlich der Beteiligung der Organisation der Pflegeberufe auf Bundesebene, die mit dem Gesetz zur Befugnisserweiterung und Entbürokratisierung in der Pflege eingeführt werden soll.

Am Tag nach der Verkündung	Inkrafttreten
07.10.2025	Verbändeanhörung BMG
04.09.2025	Referentenentwurf

Gesetz über die Einführung einer bundeseinheitlichen Pflegefachassistentenausbildung und zur Änderung weiterer Gesetze

- zustimmungspflichtig -

- Einführung eines bundesweit einheitlichen Berufsprofils für die Pflegefachassistentenausbildung
- Anpassung des Finanzierungsverfahrens nach dem Modell des Pflegeberufegesetzes: Sozialversicherung und Pflegebedürftige (über Eigenanteile) tragen damit Großteil der Finanzierung

01.01.2027	Inkrafttreten
17.10.2025	2. Durchgang Bundesrat
09.10.2025	2./3. Lesung Bundestag
06.10.2025	Anhörung im Bildungsausschuss
26.09.2025	1. Durchgang Bundesrat
11.09.2025	1. Lesung Bundestag
06.08.2025	Kabinettsbeschluss
05.06.2025	Referentenentwurf

Verordnung über maßgebende Rechengrößen der Sozialversicherung für 2026 (Sozialversicherungsrechengrößen-Verordnung 2026)

- Zustimmung Bundesrat notwendig -

- Festlegung der neuen Werte der Rechengrößen der Sozialversicherung für das Jahr 2026
- Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze in der GKV auf 5812,50 Euro im Monat (2025: 5512,50 Euro) und der Versicherungspflichtgrenze auf 6450 Euro im Monat (2025: 6150 Euro)

01.01.2026	Inkrafttreten
------------	---------------

vsl. 21.11.2025	Bundesrat
08.10.2025	Kabinettsbeschluss
08.09.2025	Referentenentwurf

Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2026 (Haushaltsgesetz 2026 – HG 2026)

- zustimmungsfrei -

- Etat des BMG beläuft sich auf ein Gesamtvolumen von rund 20,09 Mrd. Euro
- Ergänzende überjährige Darlehen in Höhe von 2,3 Mrd. Euro für die GKV und 1,5 Mrd. Euro für die SPV vorgesehen
- Für 2026 sieht Wirtschaftsplan zum Sondervermögen Infrastruktur 2,5 Mrd. Euro als „Sofort-Transformationskosten Krankenhäuser“ vor
- Für die Jahre 2026 bis 2029 weist Wirtschaftsplan zum Sondervermögen Infrastruktur 3,5 Mrd. Euro Bundesanteil zur Finanzierung des Krankenhaustransformationsfonds aus

19.12.2025	2. Durchgang Bundesrat
25.11. – 28.11.2025	2./3. Lesung Bundestag (Haushaltswoche)
13.11.2025	Bereinigungssitzung Haushaltsausschuss
26.09.2025	1. Durchgang Bundesrat
23.09. – 26.09.2025	1. Lesung Bundestag (Haushaltswoche) / Einzelplan 15 (BMG) am 23.09.2025
15.08.2025	Zuleitung an Bundestag und Bundesrat
30.07.2025	Kabinettsbeschluss Regierungsentwurf 2026 / Finanzplan bis 2029
24.06.2025	Kabinettsbeschluss Eckwerte Haushalt 2026

Gesetz zur Finanzierung von Infrastrukturinvestitionen von Ländern und Kommunen (Länder-und-Kommunal-Infrastrukturfinanzierungsgesetz – LuKIFG)

- zustimmungspflichtig -

- Den Ländern stehen insgesamt 100 Mrd. Euro aus dem Sondervermögen für Investitionen zur Verfügung
- Investitionsbedarfe für Länder und Kommunen werden unter anderem im Krankenhausbereich und im Bereich der Rehabilitations- und Pflegeinfrastruktur gesehen

Am Tag nach der Verkündung	Inkrafttreten
17.10.2025	2. Durchgang Bundesrat
09.10.2025	2./3. Lesung Bundestag
12.09.2025	Anhörung im Haushaltsausschuss
12.09.2025	1. Lesung Bundestag
11.07.2025	1. Durchgang Bundesrat
02.07.2025	Kabinettsbeschluss
02.06.2025	Referentenentwurf

Zweites Gesetz zur Stärkung der betrieblichen Altersversorgung und zur Änderung anderer Gesetze (Zweites Betriebsrentenstärkungsgesetz)

- zustimmungspflichtig -

- Versicherungsträger kann in der Satzung die Möglichkeit der Online-Wahl eröffnen
- Online-Wahl nur als zusätzliche, ergänzende Option neben der Möglichkeit zur brieflichen Stimmabgabe
- Wahlberechtigte dürfen Wahlrecht nur einmal ausüben. Wird die Stimme brieflich und elektronisch abgegeben, zählt nur die elektronisch abgegebene Stimme, die briefliche ist ungültig.
- Für die Kosten kommt der jeweilige Versicherungsträger auf

Am Tag nach der Verkündung	Inkrafttreten
17.10.2025	1. Durchgang Bundesrat
03.09.2025	Kabinettsbeschluss
05.09.2025	Verbändeanhörung BMAS
17.06.2025	Referentenentwurf

EU-Gesetzgebung

Gesetz zu kritischen Arzneimitteln (Critical Medicines Act)

- Verbesserung der Liefersicherheit und Verfügbarkeit von kritischen Arzneimitteln und Arzneimitteln von gemeinsamem Interesse

11.03.2025	Vorschlag der EU-Kommission für einen Verordnungsentwurf für ein Gesetz zu kritischen Arzneimitteln
------------	---

EU-Pharmapaket

- Überarbeitung des europäischen Rechtsrahmens für Arzneimittel u. a. mit folgenden Kernelementen:
 - Stärkung der Verfügbarkeit und Sicherstellung des Zugangs zu sicheren, wirksamen und erschwinglichen Arzneimitteln
 - Bewahrung eines innovationsfreundlichen Umfelds für Forschung, Entwicklung und Herstellung von neuen Arzneimitteln in der EU
 - Behebung von Arzneimittelengpässen und Gewährleistung der Versorgungssicherheit
 - Einführung von Investitionsanreizen zur Schaffung eines Binnenmarktes für Arzneimittel
 - Bekämpfung von antimikrobiellen Resistenzen

20.06.2025	Einigung auf Gemeinsame Position im Rat
10.04.2024	Beschluss EP-Position zum Pharmapaket
19.03.2024	Annahme Änderungsanträge zum Pharmapaket im Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit des EP
13.06.2023	Beschluss des Rates zur Annahme der Empfehlung zur Bekämpfung antimikrobieller Resistenzen
26.04.2023	Vorschlag der EU-Kommission für eine neue Richtlinie und eine neue Verordnung Vorschlag für eine Empfehlung des Rates zur Bekämpfung von Antibiotikaresistenzen